

Handwerksnovelle angenommen.

Vorlesung der Debatte über den Mieterschutz.

— Berlin, 26. Februar.

Der Gehentwurf zur Ergänzung des Handwerksnovellen wird in allen drei Familien angenommen.

Das Haus legt dann die Ausprache über die Verlängerung der Geltungsdauer der Mieterschutzgesetz fort.

Reichsjustizminister von Cuno

weil zunächst Angriffe zurück, die der Abgeordnete Dr. Jorissen gegen ihn gerichtet hat. Jorissen habe u. a. behauptet, er, der Minister, habe die Begründung zu den Gesetzen bewußt wahrheitswidrig aufgestellt. Die unqualifizierbaren Vorwürfe des Abgeordneten Dr. Jorissen wolle ich hiermit auf das entschiedenste zurück. Seine Ausführungen fanden in offenem Gegensatz zu den ruhigen und sachlichen Darlegungen, die der Vertreter der Rechten hier gemacht hat. Ich kann das Verhalten Dr. Jorissens nicht anders als bewußte Demagogie bezeichnen. Die Wohnungsnotstandsfrage muß beseitigt werden, sobald die Voraussetzungen für die Wiedererrichtung der freien Wirtschaft gegeben sind. Daraus ergibt sich auch meine Stellung zum Reichsmietengesetz, das eine Notmaßnahme für eine Notzeit ist.

Die Aufhebung des Kündigungsschutzes würde zu einer erheblichen Verteuerung der Mieten und zu einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen führen.

Die Auffassung, daß es nur der Beseitigung der Wohnungsnotstandes bedürfte, um den Baumarkt zu beleben und ausreichende Wohnungen zu beschaffen, könne er nicht teilen. Er hoffe, daß es dem Ausschuß gelingen werde, aus den vorliegenden Anträgen brauchbare Vorstöße herauszuarbeiten.

Abgeordneter T r e m m e l (Hr.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß die jetzt von der Regierung geordnete Verlängerung der Mieterschutzgesetz die letzte sein werde. Der Antrag der Reichspartei würde sofort eine Mietenerhöhung um 30 Prozent zur Folge haben, die gegenwärtig nicht tragbar sei. Abgeordneter B ü l l (Dem.) weist darauf hin, daß selbst die durch den Krieg nicht geschädigten Länder Schweden und Holland nicht ohne Wohnungsnotstandsfrage auskommen könnten. In der Fortsetzung habe der Hausbesitzer 60 bis 65 Prozent der Mieteinnahmen für die Verzinsung des Kapitals und für Grundsteuern aufwenden müssen. Die Hypotheken seien in der Inflation verhältnismäßig durch den Zentraltarband der Haus- und Grundbesitzer befristete die Regierung, sie möge die Hypotheken in nicht mit mehr als 15 Prozent aufwerten. (Hört! Hört!) Widerspruch des Abgeordneten Dr. Jorissen. Die Hausbesitzer befehle die Hausbesitzer bei weitem nicht so hart wie die Hypothekengläubiger, an deren Stelle sie getreten sei. Abgeordneter B e r e n s (Christl.-Kat.) warnt vor einer übertriebenen Ausdehnung der Mieterschutzgesetz. Schon die Aufhebung des Schutzes der gewerblichen Räume habe zu großen Schäden und Nachteilen geführt. Abgeordneter T o k s m a n n (Bayer. WP.) erklärt, man sollte die Mieterschutzgesetz nicht einfach verlängern, sondern im Ausschuss prüfen,

ob nicht gleichzeitig mancher Miethände in der Wohnungsnotstandsfrage beseitigt werden können. Abgeordneter W a g n e r (Nat.-Soz.) stimmt der Verlängerung der Mieterschutzgesetz ab, da man nicht ohne weiteres Hunderttausende von Familien dem Elend preisgeben könne.

Die Vorlagen werden darauf mit förmlichen Anträgen dem Wohnungsausschuß überwiesen. — Es folgte die zweite Beratung des Gehentwurfes über Bergmanns-Vorschläge.

Die Vorlage wird ohne wesentliche Änderungen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die von verschiedenen Fraktionen, namentlich vom Zentrum und der Deutschnationalen, eingebrachten Entwürfe zur Förderung des Weinbaues gehen ohne Ausprache an den Handelspolitischen Ausschuss.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 3 Uhr.

Herabsetzung der Reichsausgabensordnung.

Der Vorschlag des Präsidenten, auch das Republikausgabengesetz auf die Tagesordnung zu setzen, findet bei den Deutschnationalen, den Kommunisten und den Nationalsozialisten lebhaften Widerspruch. Abg. D i t m a n n (Soz.) weist darauf hin, daß dieses Gesetz ohnehin morgen noch nicht zur Beratung kommen werde, da die Haushaltsordnung die Sitzung ausfülle. — Da am Mittwoch vormittag der Reichstag zusammentritt, um den weiteren Arbeitsplan des Reichstages festzulegen, verläßt Vizepräsident G l e i t e r darauf, das Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen.

Mieterschutz im Reichstag.

— Berlin, 25. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Gehentwürfe zur Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes bis Ende Juni 1932.

In Verbindung damit werden die von der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Vorschläge zur Regelung des Mietwesens, ferner die Anträge der Kommunisten und der Reichspartei auf Aufhebung der Hauszinssteuer, auf Aufstellung eines für das gesamte Reich geltenden Bauprogramms und der sozialdemokratische Antrag auf Ausdehnung der allgemeinen Volkszahlung auf Feststellungen in Wohnungsfragen beraten.

Reichsarbeitsminister Wisell

betont, daß das Mieterschutzgesetz und das Reichsmietengesetz in Kraft bleiben müßten, bis das Angebot an Wohnungen, namentlich Kleinwohnungen, der Nachfrage entsprechende Voraussetzungen sei heute noch keineswegs erfüllt. Die Wohnungsnot sei allerdings durch die Baustilllegung der letzten Jahre in einzelnen Teilen des Reiches gemindert worden. Sie sei jedoch namentlich in den großen Städten noch so groß, daß in absehbarer Zeit an eine Beseitigung nicht zu denken sei werde. Wenn hingegen nicht auf die Einzelpersonen, die über eine eigene Wohnung verfügen, so spricht das keineswegs gegen das Befehlen der Wohnungsnot. Diese Einzelpersonen sind in der Mehrzahl ältere Witwen, die Zimmer vermieten. Als Ursache der Wohnungsnot kann man diesen Zustand keineswegs ansehen.

Bei einer Aufhebung der Wohnungsnotstandsfrage würde ein erhebliches Angebot nicht gegenüberstehen. Die dadurch bewirkten Mietsenkungen würden zu wesentlichen Vorkürzungen und zu starken wirtschaftlichen Einbußen führen.

Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen läßt sich die Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung, vor allem des Reichsmietengesetzes, nicht vermeiden. Die Anträge der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei, die eine Überbegrenzung vorschlagen, sind für die Regierung nicht tragbar.

Abgeordneter V i p i n j i (Soz.) spricht sich für die Annahme der Regierungsvorlage ohne Ausdehnung aus. Abgeordneter S c h u m a n n - Leipzig (Komm.) wird den Sozialdemokraten vor, daß auch die den Mieterschutz betreffenden Vorschläge der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei, die eine Überbegrenzung vorschlagen, sind für die Regierung nicht tragbar. Abgeordneter V i p i n j i (Soz.) spricht sich für die Annahme der Regierungsvorlage ohne Ausdehnung aus. Abgeordneter S c h u m a n n - Leipzig (Komm.) wird den Sozialdemokraten vor, daß auch die den Mieterschutz betreffenden Vorschläge der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei, die eine Überbegrenzung vorschlagen, sind für die Regierung nicht tragbar. Abgeordneter V i p i n j i (Soz.) spricht sich für die Annahme der Regierungsvorlage ohne Ausdehnung aus. Abgeordneter S c h u m a n n - Leipzig (Komm.) wird den Sozialdemokraten vor, daß auch die den Mieterschutz betreffenden Vorschläge der Reichspartei und der Deutschen Volkspartei, die eine Überbegrenzung vorschlagen, sind für die Regierung nicht tragbar.

Nach 5.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr verlegt.

Neue Bindungen für Deutschland?

Der „Observer“ zur Flottenkonferenz.

Der „Observer“ veröffentlicht ein ausführliches Interview mit dem amerikanischen Journalisten Eric Bell, der zu den bedeutendsten Vorkämpfern der Flottenabrüstung in den Vereinigten Staaten zählt. Darin wird an die Adresse Frankreichs und Japans ein dringender Appell gerichtet, durch Zugeständnisse der Flottenkonferenz wieder einen Anstoß für einen erfolgreichen Abschluß zu geben. Frankreich habe dargelegt, daß ein Krieg mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten undenkbar sei. Die französische Neubaupolitik nach der deutschen und zum Teil auch italienischen Seite hin könnte dadurch aus dem Wege geschafft werden, daß in ein Friedensabkommen eine Klausel aufgenommen würde, die den Signatarstaaten das Recht geben würde, die gleichen Neubauten durchzuführen, die von Nichtunterzeichnerstaaten aufgenommen würden. Eine Vermehrung der deutschen Flottenmacht würde also Frankreich das Recht zu gleichen Neubauten geben. Dieser Vorschlag wird gemacht, obwohl in dem Interview mehrfach auf das nachdrücklich bestritten worden ist, daß Frankreich gar keinen Grund zur Furcht vor Deutschland habe, da Deutschland mit Amerika und Großbritannien in Freundschaft zu leben wünsche und im Falle eines Angriffs

Evas Entführung

Namen von Hans Band.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hören Sie, Wilibrunn, ich habe immer gemeint, wenn Ito etwas, was dieses Schicksal, geschieht, dann hat das Sinn und Zweck. Hier hatten Sie endlich gerade soweit, daß Sie mit frischem Mut daran gingen, Ihr Leben neu aufzubauen. Und da will ich Ihnen doch helfen, daß der Tod Ihrer Frau doch nur ein Band zerhielt, daß doch schon vorher zerhimmelt war. Ihre Frau war mit einem Anderen fortgegangen, verließ Sie und Ihr Kind. Solche Tragödie ereignet sich immer — aber Sie verloren ja nur eine Frau, nicht wahr, die doch schon nicht mehr Ihnen gehörte. Das muß Ihnen über das Unglück hinweghelfen. Einen anderen Tod — einen viel besseren, als alle Verurteilungsgründe — hat ich für Sie: eine recht große Arbeit.“

Dieter hörte auf. Die Baronin lächelte. „Kann haben wir einen Vertrag gemacht — ich meine die Abkündigung meines Aues — da lomm ich schon wieder mit einem anderen — und — wie mir scheint — besseren Vorschläge.“

Sie klopfte die Asche ihrer biden Zigarre ab, hies eine mächtige Dampfwolke über die Lampe hin. Nun wandte sie sich zu Froeten Gregorien: „Denken Sie sich, mein Leutdeh! Hanen geht zum ersten März fort.“ „Hanen?“ rief Froeten Gregorien. „Hanen, der zwanzig Jahre bei Ihnen war?“ „Ja — leider — hat eine Entlassung gemacht. Bei Bielefeld sich einen Hof gekauft. Ein Beruf für mich — er war sehr eifrig — wenn auch jetzt zwei Jahren so bequem und nachlässig geworden, daß ich schon daran gedacht hätte, ihm mit Wilibrunn eine Art Winkanten oder Winkanten zu geben, der die Aufsicht der Leute bei der Feldarbeit übernehmen sollte. Ich sprach Ihnen ja schon davon, Wilibrunn.“

Dieter nickte. „Nun geht Hanen weg, und Wilibrunn soll sein Nachfolger sein. Hanen wird Sie von morgen ab in seine Geschäfte einweisen. Er kann deutsch. Sie haben nichts zu tun, als die Beaufsichtigung der Leute bei der Feldarbeit, die Lohnzahlungen, Führung der Lohnbücher,

Abrechnung mit dem Büro. Keine große Kunst all das. Der Inspektor Bagge ist ja auch noch da und wird Sie nach Hansens Fortgang unterrichten. Ich habe Ihnen also diesen Vorschlag auf Bobake an, freie Wohnung und freies Essen und dreitausend Kronen im Jahr. Wollen Sie annehmen, Wilibrunn?“ Dieter sah die Baronin überstrahlt an.

„Gut“, rief sie, „ich Sie antworten, nach dieses. Ich habe keine wegen unetwas Anpaßvertrages. Habe, nachdem wir jetzt meine mit einem getrennt sind, wieder großen Geldmaß daran gefunden und gar keine Lust, meinen schönen Wagen den Sommergärten preiszugeben, daß sie die Züge an meine Ledersattel legen und ihre Zigarrenschale drauf kreuzen.“

„Nein, ich will meinen Wagen für mich behalten. Will auch nicht, daß ein Kopengänger mit mir die untere, meinem Wilibrunn ein Trinkgeld anzubieten. Schöffler ist und bleibt eine Art Dienerschaft. Leutdeh, das ist schon was Besseres. Und wenn ich Lust habe, dann fährt mit mein Personalgehe in meinem Auto spazieren. Na, wollen Sie nun mein Leutdeh werden?“

„Frau Baronin, werd ich das können? Ohne Erfahrung, ohne Kenntnis der Arbeiterverhältnisse?“

„Wo ein Wille ist, ist ein Weg, lieber Sohn. Sie lernen schnell, das hat ich gesehen. Und am Ende bin ich auch noch da mit meinem Rat, wenn Sie ihn brauchen. Wagen Sie's nur! Schlagen Sie ein!“

„Sie reichte ihm die Rechte hin, jögernd schlug Dieter ein. „Brav! Gut! Wo! Morgen gehen Sie mit Sad und Kad nach Bobake hinauf.“

Froeten Gregorien. Sie haben wohl eine kleine Schwedenpunsch im Hause? Denn hierauf müssen wir ein Glas trinken.“

Froeten Gregorien wintte Willemor, die reich hinausging und bald mit einem Zuleist zurückkam, auf dem der Kolozik stand. Sie schenkte ein, man fröhlich an und traf. Die Baronin wurde sehr guter Laune, trank recht wacker. Morgen ging Hans, man hat danach wieder ins Zimmer, hatte einen Brief in der Hand.

„Der Postbote wars. Ein Eilbrief für Herrn Doktor.“

Dieter nahm den Brief in Empfang. Von Schweizer Auth. Er hatte sich an den Tisch, las den Brief.

„Lieber Herr Doktor, Sie werden inzwischen ja wohl auch die schriftliche Nachricht vom Tode Ihrer Frau in den Zeitungen gelesen haben. Und was ich Ihnen zu berichten habe, ist auch nicht geeignet, Trost zu bringen.“

Frau Professor Winterthur hat auf irgendeine Weise (ich vermute durch Spionage des Hausdieners) herausbekommen, daß Sie mir vollständig gefällig sind. Ich habe, wie Sie mir wohlgefallen, mich zur Rede. Da ich nicht lügen magte, gab ich es zu — und wurde deshalb auf der Stelle entlassen. Herr Doktor brauchen sich aber deshalb keine Sorgen zu machen, denn ich bekam schon am Tage darauf eine neue Stellung bei einer verwitweten Generalin in der Villa gegenüber. So sehr es mich nun schmerzt, unter Euchen verlassen zu müssen, so bin ich doch froh, daß ich in nächster Nähe des Kindes bleiben kann. Ich lebe von meinem neuen Zimmer direkt hinein in Euchen Fenster. Frau Professor ärgerl ich darüber. Sie ist eine schöne Frau, guttürlich, lebt das Euchen abgöttisch — und ich wegen des Kindes nun auch eifriglich auf mich. Sie sah es nicht gern, daß Euchen so an mir hing. Deshalb kam ihr der heimliche Briefwechsel mit Ihnen sehr gelegen, denn so fand sie Veranlassung, mich aus dem Hause zu jagen. Ich freue mich ja für unter Euchen, daß die Wittgenmutter so neuzeit in das Kind ist — finde aber zugleich die Art, in der sie sich zu uns beiden bekennt, sehr schön.“

„Ja — lieber Herr Doktor, da muß man es wohl noch als Glück betrachten, daß ich in Euchen nächster Nähe bleiben darf und Ihnen regelmäßig Bericht über das Kind geben kann.“

Das wird Sie darüber trösten, daß ich, die Euchen von Geburt an bis heute gepflegt und gehegt hat, jetzt durch Frau Winterthur aus des Kindes Umgebung verjagt worden bin. Das hat mich sehr weh getan. Mit ihm unter Euchen habe ich mich von Euchen vertrieben. Ich habe das Kind täglich, wenn die neue Wittgenmutter es im Wagen ausfährt. Euche, wenn sie vergißt, die Vorhänge zu schließen, weil unter Kind abends gehadet und ins Bett gebracht wird. Das ist doch immerhin etwas, und ich habe meinen Stiebling auf diese Art nicht ganz aus den Augen verloren. Mein Stiebling ist jetzt Fontenontstraße 12, bei Generalin von Strödel.“

Ich grüße Sie in aller Treue Schweizer Auth. (Fortsetzung folgt.)

auf Frankreich diese beiden Nationen gegen sich haben würde. Der Vorbehalt ist in Wirklichkeit ein unumkehrbarer Ausdruck dafür, daß die Weltwörter der Wirtlichkeit als möglich ist, was gar keine Möglichkeit mehr haben, die Kontingenzen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, und daß ihnen deshalb auch das Mittel recht ist, Deutschland indirekt neue Bindungen aufzuerlegen. Auf englischer Seite hat man sich allerdings bisher peinlich gehalten, ein französisches Entgegenkommen auf deutsche Forderungen zu erteilen.

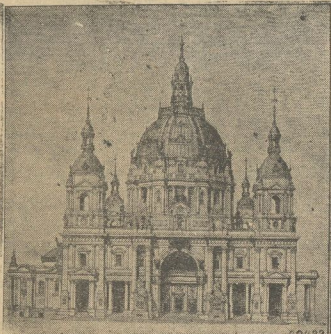
Der „Oberster“ vertritt an anderer Stelle die Auffassung, daß die japanische Regierung nach ihrem überwältigenden Wahlsieg nunmehr ein kürzeres Entgegenkommen auf der Frottenkonferenz zeigen werde als bisher.

Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau.

Haager Konventionenkonferenz.
 Berlin, 25. Februar.

Der Bund Deutscher Frauenvereine hat an das Reichsministerium des Innern eine Eingabe gerichtet und gebeten, daß von deutscher Seite bei der Haager Konventionenkonferenz des Völkerbundes, die im März 1930 stattfindet, der Grundlag vertreten werden müsse, daß jede Frau, verheiratet oder unverheiratet, genau wie der Mann das Recht besitzen muß, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen.

Ferner ist gebeten worden, in der deutschen Abordnung auch sachverständige Frauen nach dem Haag zu senden, und zwar ist hier an erster Stelle die Reichsstaatsangehörige Frau Dr. Marie-Ellisabeth Vöben vorgeschlagen worden, die seit fünf Jahren mit vielen Fragen befaßt hat. Die deutschen Frauen befinden sich in völliger Uebereinstimmung mit den großen internationalen Frauenorganisationen, die in einzelnen internationalen Bänden schon an einer gleichartigen Forderung in dem Sinne, wie sie von den deutschen Frauen gefordert wird, mitgewirkt haben.



Währiges Jubiläum des Berliner Domes.

In diesen Tagen hat Berlin auf das Währiges Bestehen des schönen Domes zurückblicken. Er wurde von J. C. Köhler im Jahre 1845 erbaut, im Jahre 1850 fertiggestellt, im Jahre 1851 eingeweiht, im Jahre 1852 vollendet. Er besteht aus einer zehnjochigen Vorkirche, der Predigtstube in Gestalt eines ungleitförmigen Achtecks, der Tauf- und Trauungstruhe und der Denkmalskirche, unter der sich die Hohenzollerngruft befindet.

Der Wunderdoktor von Gallspach.

In dem kleinen oberösterreichischen Städtchen Gallspach praktiziert der Wunderdoktor Jelleis, für den durch den Vorfall des Berliner Professors Lazarus die währiges Medizin die wirksame Heilermittel gerührt hat, da jetzt das Städtchen — und die Praxis Jelleis' — mehr überlaufen wird als je zuvor. Wir früher nur einige primitive Galbhäuler waren, sind jetzt große Hotels, — mit allem Kom-

fort entstanden, die alle an dem Fremdenstrom reichlich verdienen.

Es ist in der Tat phantastisch, was für einen ungeheuren Anlauf dieser Jelleis in dem kleinen oberösterreichischen Ort während des letzten Jahres hatte. So betrug die Zahl der Kranken im Jahre 1929 noch genauem Berechnungen 140 000. Das Hauptproblem dabei stellten bemerkenswertere Weise die Reichsdeutschen mit 47 462. Es waren ferner 42 Perier, Chinesen und Japaner darunter, 49 Afrikaner und Australier.

Natürgemäß wogt der Kampf für und gegen Jelleis heftig hin und her, selbst bei den Behörden sind die Ansichten über die ganze Angelegenheit recht verschieden. So glaubt zum Beispiel der Landeshaupmann-Stellvertreter kaum daran, daß die Bundesregierung ernstlich die Mäßigkeit in Gallspach einzuweisen. Man würde nicht vergessen, daß die Frage Jelleis nicht nur eine ärztliche, sondern auch eine volkswirtschaftliche Angelegenheit ersten Ranges ist, an der das Land Österreich sehr interessiert ist. Die Sprüche des Gallspacher Instituts wäre auf der einen Seite ein erheblicher Schaden für die Wirtschaft, auf der anderen aber ein Schlag ins Wasser, weil ja Jelleis die Mäßigkeit habe, zwei Stunden von Gallspach entfernt in einer beliebigen bayerischen Ortschaft seinen Betrieb wieder zu eröffnen und seine Heilmethode unter dem Schutze der reichsdeutschen Gesetze ungehindert auszuüben. Aus Kreisen der oberösterreichischen Landesregierung erfährt man, daß auch die Bevölkerung sich einer Sperrung des Instituts von Jelleis mit allen Mitteln entgegenzusetzen würde, da sie ohne Rücksicht der politischen Einstellung für Jelleis einträte. Eine Stilllegung des Betriebes von Gallspach könnte nur mit einer großen militärisch durchgeführten werden, wobei man sich im Laufe der Landesregierung einig sei, daß schwere Ausschreitungen nicht zu vermeiden wären. Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit darf man gespannt sein.

Landwirtschaftliches.

Rein feines und großer Viehl. Diese beiden Viehl sind zwar gute Mäusefänger, sie richten aber auch großen Schaden an, der sich besonders hart bei dem Niederwild auswirkt. Beide, das kleine wie auch das große Viehl, sind ange Feinde des Hirschen. Schon wiederholt konnten wir beobachten, daß ein Hirsch mit einem Viehl, das sich im Rachen des Hirschen hatte, wie beiecht durch eine Heide hin und her lief, offenbar in der Absicht, den gefährlichen Reiter abzutreiben. Das mag in einzelnen Fällen auch glücken, im allgemeinen aber nicht. Sehr oft fallen auch stürmende Hirschen und Hühner den kleinen Viehl zum Opfer. Das Viehl ist ein sehr gefährliches, namentlich an Ruten, verzeihen, würde jedem Gefährlicher bekannt sein. Schonung verdienen die Hühner jedenfalls nicht.

Erlag der deutschen Pferdezüge. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß in den vergangenen Jahren es deutschen Weiden mehrfach gelungen ist, in hohem Maße die Wintermittel des Auslandes an ihre Weiden zu liefern. In den Vereinigten Staaten bei den Olympischen Spielen und zuletzt in Genf. Bei der außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Lage, besonders unserer Warmblutzücht, ist es sehr zu begrüßen, wenn es als Folge dieser Leistungen im Jahre 1929 zum ersten Male gelungen ist, ein solches Aufsehen zu erregen. Die Warmblutpferde war 1929 zweieinhalb mal größer als im vorigen Jahre und der Wert der Ausfuhr um 84 000 Mark höher als der Einfuhr. Daneben muß allerdings leider festgestellt werden, daß wir bei den schweren Pferden noch immer einen Einfuhrüberschuß von 7 Millionen Mark hatten.

Arbeiten des Landeszüchters. Nun fliegen die Tauben wieder hurtig von Stange zu Stange, von Nest zu Nest, um sich einen Gefährten bzw. eine Gefährtin zu suchen und sich einen Kitzraum zu sichern. In landwirtschaftlichen Betrieben können sich die Tauben nach Herzenslust verpaaren, doch der fährliche Anflug ist ein. Dieser Anflug ist fährliches Wort mit, indem er den Züchter mit der Tauben zusammenpersert, die ihm für diesen „Herrn“ die richtige zu sein scheint. Innerhalb drei bis vier Tagen sind auch solche Paarungen fest geschlossen. Auf dem Schlage sind für jedes Taubenpaar zwei Möglichkeiten bezuzurechnen, die eng beieinander lie-

gen müssen Sie werden von dem Paare aufs äußerste vergrößert. Jetzt ist die günstige Zeit, die überzähligen Tauben sorgfältig und sie als die ewigen Nabelstörer auf immer zu entfernen. Um die Tauben zum Ziegen zu ziegen, muß die Futterzusammensetzung so manigfaltig wie möglich, also recht abwechslungsreich sein. Zur Aufzucht der kleinen blauen Fährflüchter können jetzt große Kitztauben den bisherigen Gefährten zugeeilt werden, entweder als ganze Paare oder als einzelne Tiere. Warten muß man eindringlich vor der Überbevölkerung der Zuchtställe, weil gerade darin ein fährliches Moment besteht, das betriebs der ungenügenden Züchtergebnisse zu führen ist.

Wirtschaftliches Wochenbericht.

Mitteilung von der Mitteldeutschen Handelsbank, Magdeburg, durch die Stadtparlamentskammer a. l.

Der Monatskassenspiegel der Medio d. Mts. zeigt ein recht günstiges Bild. Die gesamte Kapitalanlage der Bank hat sich in der zweiten Februarwoche um 216,7 Millionen auf 1 691,3 Millionen Mark verringert. Infolge des Anstieges an Wechselnanknoten hat sich deren Deckung durch Gold allein um 53,1 auf 56,4%, und ebenfalls durch Gold und deckungsfähige Devisen von 92,1 auf 96,1% gehoben.

Auch dem Bericht des Berliner deutschen Maschinenbauvereins ist ein Rückgang der Produktionskraft und des Produktionswertes aus dem Lande festzustellen. Der Produktionsgrad der Maschinenfabriken ist auf 62%, des normalen Standes zurückgegangen und die Betriebe arbeiten jetzt trotz umfangreicher Arbeiterentlassungen nur noch mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 46 Stunden. Im Laufe des Jahres wurden im Maschinenbau 1106 Kontakte, und 521 geräthliche Betriebsverfahren fertiggestellt. Die Anzahl der Kontakte ist gegenüber dem Vormonat um 26,5%, die der Betriebsverfahren um 13,5% gestiegen. Aus diesen Einzelangaben, insbesondere aber aus der raschen Zunahme der Kontakte, ist zu schließen, daß die konjunkturelle Lage Deutschlands sich im laufenden Jahre weiterhin verschlechtert hat. Auch der Umsatz, daß die Subjektiven der Absatzkräfte gegenwärtig am tiefsten Stand seit der Währungsstabilisierung erreicht haben — mit dem Erlös vom 12. 2. ist die Großhandelsumsatzkraft auf 129,3 zurückgegangen — ist als weiterer Abschwächung der Konjunktur zu werten.

Obwohl die Zahl der Arbeitslosen, die nach den letzten Meldungen der Arbeitsämter über 2 1/2 Millionen erreicht hat, wesentlich höher ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, so dürfte doch die Arbeitslosigkeit in diesem Winter noch immer nicht ihren Höhepunkt überschritten haben. Ebenso ist in Mitteldeutschland die allgemeine Abwärtsbewegung des Arbeitsmarktes noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um weitere 5 287 auf 310 471 Personen gestiegen. Das Landesarbeitsamt berichtet hierzu, daß im Braunkohlenbergbau trotz des eingetretenen Profites keine Entlassungen der Lage festzustellen ist. Auch die rückwärtige Bewegung in der Metallindustrie ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Dagegen hat die glänzende Konjunktur im Schiffbau noch angehalten und in der Chemischen Industrie hat der bisherige günstige Produktionsgrad nur vereinzelt Abschwächungen erfahren. In der fährlicher Spielwarenindustrie war die Arbeitslosigkeit in der Berichtswöchige außerordentlich ungenügend.

Die Würde zeigte auch in der Berichtswöchige die gleiche, aus starker Gefährdung resultierende ungenügende Haltung, wie in der Vorwoche. Am Weltmarkt ist keine grundlegende Bänderung eingetreten. Abgesehen von geringfügigen Schwankungen ist die Gesamtmenge noch immer als durchaus leicht zu bezeichnen.

Der 5. Band des „Großen Brockhaus“ erscheint Ende März.

Wie wir schon erfahren, wird der 5. Band des größten vollständigen deutschen Nachschlagewerks Ende März ausgeliefert werden. Es ist ebenfalls, daß der Verlag die feinsten angelegentlich und für ein so fährliches und wichtiges Unternehmen überaus fährliche Entscheidungen weise plantisch einhalten kann. Der „Große Brockhaus“, der mit dem neuen Band bis zum Durchbruch E fortgeschritten sein wird, wird für ein Menschenalter seine Dienste als gewohnter Berater des Lesenden von den fährlichen — die fährliche Folge der Gefährdung ist hier nicht von zu unterschätzender Bede für alle Bezieher und lesende, die es noch werden wollen. Wir werden den neuen Band nach Erscheinen an dieser Stelle besprechen.

Evas Entführung

Roman von Hans v. Laun.
 (17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dieter hatte den Brief zu Ende gelesen. Mit geklemmtem Kopf sah er da, harrie vor sich hin, die Lippen schmerzhaft zusammengepreßt.

„Schlimme Nachrichten, Widbrunn?“ fragte die Baronin. „Wo tust denn weh? Wir sind Ihre Freunde. Tellen Sie sich mit!“

Dieter legte ihr den Brief vor. Sie nahm die Lorgnette, las ihn an.

„Ach — diese verdamnte gotische Schrift kann ich nicht lesen!“

„Allemor kann deutsch“, sagte Dieter, „lesen Sie vor!“

hat er und reichte dem Mädchen das Schreiben.

Als Allemor beendet hatte, legte die Baronin die geballte Faust auf den Tisch.

„Widbrunn, fragte sie, leiden Sie sehr unter der Sehnsucht nach Ihrem Kinde?“

„Fährlicher.“

Die Baronin sah ihn groß an, schüttelte den Kopf.

„Sie sind ein Mann, Widbrunn. Wenn ich wie Sie wäre — ich wüßte, was ich täte.“

Dieter sah die Baronin fragend an.

Aber sie sagte nichts weiter. Sie stieß ihren Stummel müde gegen den Tisch, daß die Füßchen hoben ...

X.

Als die Baronin gegangen war, fragte Gregoren Gregoren: „Jetzt verlieren wir morgen schon unseren lieben Hausgenossen.“

Dieter schloß ihr die Hand. Dann wünschte er Gute Nacht.

Vorge lag er schlaflos. Ja, mirrlich, was meinte die Baronin? Wahrscheinlich, er solle sehen, wie er sein Kind von den Pflegerinnen wieder herausbekomme. Ob das im Guten möglich war? Kaum. Die Ereignisliste befehle ist, mit wohl überlegter Angst die neue Pflegerin mitter das Kind bewahren.

Wenn ich Sie wäre, ich wüßte, was ich täte“, hatte die Baronin gesagt. Rief sie ihm etwa zur Anwendung von Gewalt? Sie hätte nicht reden. Er hatte den Win-

terhaus die Elternrechte verdinglich eingeräumt. Nur durch schweren Rechtsbruch, der ihn mit dem Gelehen in Konflikt brachte, konnte er etwas anfangen.

Ah, nein, an so etwas dachte er wohl nicht denken. Er stand ja doch vorläufig erst im Beginn des Aufbaues seiner neuen Existenz. Wer wüßte, ob er seinen Posten bei der Baronin würde ausfüllen können. Er wollte alles tun, ihre Zustimmung zu erlangen. Dies war die nächste und wichtigste Aufgabe.

Was Evasen anging, so mußte er sehen, wie er auf irgendeine Art Verbindung mit ihren Pflegerinnen anknüpfte. Aber vorläufig schiedet ja diese Leute vor jeder Beziehung zu Dieter wie vor brennendem Feuer zurück. Er mußte darauf fassen, wie er da weiterkam.

Seine Schuld fiel ihm ein. Das Darlehen von tausend Mark, das ihm Professor Winterthur gemacht hatte. In vier Wochen erhielt er von Bobakte sein erstes Monatsgehalt, fünfzehnhundert Mark hatte er noch von der mitgebrachten Fährkraft, also war er in vier Wochen schon in der Lage, diese Schuld zu begleichen. Das wird er tun. Der Professor wird dann sehen, daß er es mit einem rechtlichen Manne zu tun hat. Und die erste Brücke ist geschlagen. Vielleicht ergibt sich aus dieser Beziehung weiteres und er erhält von den Pflegerinnen Erlaubnis, sein Kind zu sehen, wenn er mal auf ein paar Tage nach Berlin kommt.

Im halb fünf Uhr morgens klopfte es an seine Tür. Allemor wachte ihn. Während war das Mädchen, richtig, wie ihr Name sagte, eine kleine fährliche Mama.

Dieter hebelte sich rasch an. Es war noch hochdunkel. Er öffnete leise, vorsichtig, die Tür. Ein kleiner, hochgewachsener Mann und erwarteten ihn bei Kaffee. Allemor sagte: „Guten Morgen. Sie erlauben mir wohl, Ihren Koffer zu packen. Sonen kann ich gegen Mittag von einem Knecht mit dem Handwagen abholen lassen. Sie geben mir den Schlüssel. Ich schicke ihn gut zu, wir bringen ihn abends hinaruf.“

Dieter gab ihr den Schlüssel, küßte Allemor die Hand und machte sich auf den Weg zu seiner Arbeitsstätte.

„Donnerwetter — die Baronin war schon zur Stelle, als die Dieter an diesem nebligen Morgen Punkt fünf Uhr in Hansens Heimem Büro eintrat.“

„Guten Morgen, Widbrunn“, rief die alte Dame, „pünktlich sind Sie, das muß man sagen. Freut mich.“

Sie schüttelte Dieter die Hand. Der lange bagere Hanen tat bescheiden und legte seinem Nachfolger zuerst

einmal die Lohlnisten vor, die er führen sollte. Erklärte ihm die Handhabung. Sein Deutsch war unverständlich. Er sprach seinen verständlichen Deutsch während Dieter nur wenig. Die Baronin machte den Dolmetsch. Dieters eingeworfene Fragen fand sie ladegewiss und verständlich. Sie war sicher, er würde die Sache schaffen. Ihre gute Laune wuchs.

Gegen acht Uhr, als Hansens Unterwählungen noch im besten Sinne waren, klopfte der Diener an. Sie überreichte Dieter ein Telegramm. Es war die Antwort der deutschenischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, in der sie mitteilte, Frau Dr. Widbrunn aus Berlin liege in der Schiffsküche und gehöre zu den Opfern der Kainathöhe.

Allemor hatte noch ein Anliegen. Gregoren Gregoren lief mit der Lieferung der Milch aus Sorbunde, die sehr unregelmäßig geschähe, recht unzufrieden. Er hatte vorläufig einen Liter täglich vom Gute Bobakte. Allemor selbst werde die Milch jeden Vormittag holen.

Tamohl, meinte die Baronin, dieses Quantum könnten die Damen von Thaliaa gen haben. Allemor dankte, verabschiedete sich, ging mit einem langen Blick auf Dieter, der auf das Telegramm harrie, das Offis Schindal besiegelte.

Am ihn abzuleiten, sagte die Baronin lächelnd: „Sie sehen, Widbrunn, Sie bringen uns die Kainathöhe, Allemor wird unser Abnehmer. Nicht, weil die Sorbbaecker schlecht liefern, nein, weil sie die Milch täglich hier selbst abholen müßten, um unseren neuen Vertrag ab und zu mal wieder auszuüben. Ich kann das verstehen. Wir haben ihn alle gern.“

Hansen meckerte vor Vergnügen, und Dieter nickte sein Telegramm betreten ein.

In den nächsten Wochen lieferte er sich müde in die Arbeit. Fährlich war er. Nach zwei Wochen fragte die Baronin Dieter, ob er einen Vorstoß auf sein Gehalt haben wolle. Er dankte, habe das Geld noch nicht nötig, werde am kommenden Ersten schon mit seinem ersten Gehalt und dem Rest seiner Fährkraft ein freudiges Gehalt in Berlin begleichen. Freue sich, daß er das könne. Zur sich brauche er vorläufig hier nichts. Darüber und Schindal reiche noch lange, und sonstig die Baronin habe er nicht.

An einem Aprilmontag starb Dieter eine eigene Zeilen an den Professor Winterthur, mit denen er ihm meinte, es gehe mit gleicher Post eine Anweisung an ihn ab im Betrage von Tausend Mark. Er erriete damit dankend das ihm gewährte Darlehen zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kofleben.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Einlegenahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrä — Bankverein Artzen.

Nr 25

Donnerstag, den 27. Februar 1930

43. Jahrgang

Ein Volk in zwei Staaten.

Schobers Berliner Besuch.

~ Drei Tage hat der österreichische Bundeskanzler Schöber in Berlin mit der Reichsregierung Zuhilfenahme genommen. Es ist nicht das erstemal, daß der österreichische Regierungschef die Hauptstadt des Reiches aufsucht. Auch deutsche Kanzler haben oft genug den Weg nach Wien gesucht und gefunden. Kein Wunder. Denn der Berliner Vertrag kann zwar die politischen Schlagbäume mit Gewalt aufrechterhalten, aber er kann nicht verhindern, daß — wo nicht irgend möglich — diese Schranken übergangen werden. Zu viel und doch zu wenig haben die Deutschen diesseits und jenseits dieser Schlagbäume immer wieder dem Willen Ausdruck gegeben, ein Volk, eine Kulturgemeinschaft zu sein, zu bleiben und zu werden.

Wenn Schöber nach seiner Fahrt nach Rom jetzt seinen Fuß nach Berlin gelenkt hat, so ist das nur die Verfestigung dafür, daß an diesem Volke auch im österreichischen Sinne sich nichts geändert hat. Daß man heute nur um so härter zueinander sieht als ein Sozialist uns verbindet, das mit dem Kriegsende durchaus nicht seinen Abstieg gefunden hat. Schöber hat in seiner Handhabe auf die Schicksalsverbundenheit hingewiesen und auch davon gesprochen, daß die vielen tausend Wunden, die uns die letzten 16 Jahre gezeichnet haben, daß ebenso wie die Not des Krieges, das Glanz der Nachkriegszeit uns nur noch in höherem Maße einander nähergebracht hat.

Die Nachkriegszeit und auch die nächste Zukunft sind noch ausgefüllt mit der mißvollen Arbeit an der Wiederaufrichtung dessen, was die Kriegskatastrophe an kulturellem und materiellem Wohl der deutschen Nation vernichtet hat. Diese deutsche Nation aber ist und bleibt, solange der Mann mit dem Verfall des Schlagbaums bestehen will, ein Volk in zwei Staaten. Wie lange noch? Mancher hatte geglaubt, daß die Zeit nicht soiger diesen Mann zu befehlen wird. Vielleicht wird die Geduld noch auf harte Proben gestellt. Aber was tut's? In der Volksgemeinschaft der beiden Bruderstaaten, die immer wieder die österreichischen Besuchen in Deutschland und bei deutschen Besuchen in Oesterreich, und zwar nicht nur bei den Besuchen der Staatsmänner, ihren lebendigen Ausdruck der Begeisterung findet, kann nicht gerüttelt werden.

Der Berliner Besuch des Bundeskanzlers trug aber nicht nur den Charakter volksfamiliärer Verbundenheit. Er hatte eine politische Aufgabe zu erfüllen. Die Wirtschaftsverbindungen zwischen den beiden Völkern verlangen nach einer Neuregelung, die jetzt vor dem Abbruch steht. Schöber hat in der Reichstagskammer am Sonnabend und am Montag darüber Verhandlungen geführt, die schließlich eine Einigung über die wichtigsten Grundzüge dieses deutsch-österreichischen Handelsvertrages brachte. Eine Einigung, die die Parapherierung und das Inkrafttreten dieses Wirtschaftsvertrages in unmittelbare Nähe gerückt hat. Wenn man nach die Verhandlung der Genfer Zolltarifkonferenz formal abwarten will, so deshalb, weil die Zolltarife noch dem Ergebnis dieser Zolltarifkonferenz nicht unbeeinträchtigt bleiben können.

Wie auch der deutsch-österreichische Handelsvertrag im einzelnen schließlich aussehen mag, er kann nur eine weitere Etappe auf dem Wege einer Vereinfachung aller Schranken sein, die noch zwischen Deutschland und Oesterreich bestehen. Daneben und darüber hinweg wird sich jene Angleichung zwischen Deutschland und Oesterreich weiter den Weg bahnen, die auf kulturellem Gebiet längst vollzogen ist, und die auch auf dem Gebiete der Rechtspflege immer weitere Fortschritte macht. Ein österreichisches Blatt hat davon gesprochen, daß Schöber durch den Abschluß des Vertrages mit Italien die große Aufgabe Oesterreichs erfüllt habe, die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien weiter gütlich zu gestalten. Man preiß die Volkst, die zwar nicht Mittler, aber Träger eines guten Geistes sein will.

Schöber ist jetzt wieder nach Wien zurückgekehrt. Die Eindrücke, die er aus Deutschland mitnimmt, können, das hat er selbst ausgesprochen, nur flüchtig sein. Denn ein so kurzer Besuch eines Staatsmannes, angefüllt mit einem Überflut aedellithischer Empfindung, bietet keine oder nur wenig Möglichkeiten, den Kontakt persönlicher Art herzustellen, den man bei beiden Regierungen eines Volkes nur wünschen kann. Schöber scheint die Absicht zu haben, diesem flüchtigen Besuch einen intensiveren folgen zu lassen. Er wird dabei, wenn er sich über die Gefühle der Reichsdeutschen ein lautes Wort noch sagen will und wenn er vor allem die wirtschaftlichen Fragen daraufhin prüfen will, ob sie zwischen Oesterreich und Deutschland nicht noch enger geknüpft werden können, die gleiche herzliche Aufnahme finden. Vielleicht wird bei der neuen Gelegenheit auch die Mög-

lichkeit gegeben sein, die Frage, die allen auf der Junge schwebte, die die ganzen Verhandlungen unausgesprochen beherrschte, auf die jeder bei uns in Deutschland, jeder drüben in Oesterreich wartete, zu ventillieren, die Frage, wann denn nun endlich die schwarzgelben Grenzschiffe fallen, wann endlich aus dem Volk in zwei Staaten, das eine, das große deutsche Vaterland sich erhebe. Gewiß steht der selbstverständlichen Forderung der Berliner Vertrag entgegen, aber wie so manches an diesem Dokument des Friedens und der Ungerechtigkeit schon geändert worden ist, wird der Paragraph fallen, der der Vereinigung widerstrebt, wird weichen, weil Recht und Gerechtigkeit im „Zeitalter der Völkervereinigung“ endlich triumphieren müssen.

Deutsch-österreichischer Handelsvertrag.

Die politischen Beziehungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schöber und der deutschen Reichsregierung wurden in der Reichstagskammer zu Ende geführt.

An den Besprechungen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller stattfanden, nahm der gleiche Kreis von Teilnehmern wie am vergangenen Sonnabend teil. Der Sitzung waren Einzelgesprächen wirtschaftspolitischer Art vorausgegangen. Auf dieser Grundlage konnte in der Aussprache über den geplanten Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland eine Einigung über die wichtigsten bisher noch offenen Fragen erzielt werden.

Es kann daher mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der österreichische Handelsvertrag binnen kurzem zum Abschluß gelangen wird. Die noch zu vereinbarenden Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Genfer Zolltarifkonferenz durch die beiden Abordnungen erledigt werden.

Chauteemps gestürzt Ende des Fünf-Tage-Kabinetts

Paris, 26. Februar.

Das neue französische Kabinett **Chauteemps**, das nun gerade fünf Tage am Ruder war, ist in seiner ersten Kammerschlacht gescheitert worden. Chauteemps stellte bei einer Frage über die Tagesordnung die **Vertrauensfrage** und wurde dabei mit 292 gegen 277 Stimmen niedergestürzt. Unmittelbar darauf trat das Kabinett zurück und begab sich nach am Abend zum Präsidenten der Republik, um ihn die Demission zu überreichen.

Schon die Debatte, die sich über die Regierungserklärung Chauteemps entspann, ließ erahnen, daß das Kabinett einen schmerzlichen Stand haben würde. So warf ihm schon der erste Interpellant, der Abg. Paul Renaud, der der Fraktion Maginot angehört, vor, daß Chauteemps sich bei der Regierungsbildung selbst verunglückt habe. Der linksabstrale Abg. Schraus erklärte, daß die fünf Abgeordneten der radikalen Fraktion, die der Regierung angehören, ihre Fraktion nicht vorher befragt hätten und daher nicht auf Unterstützung rechnen dürften. Im Laufe der Beratungen ergriff Chauteemps selbst das Wort zu einer langen **Verleumdungssprache**. In der er auf sein, wie er selbst sagte, beschriebenes Arbeitsprogramm hinwies und jene radikalsten Abgeordneten, die mit zu Tardieu's Sturz geholfen hätten, beschwor, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Diese Beschuldigungen hatten jedoch keinen Erfolg, und die Kammer nahm die erste Gelegenheit wahr, um den Sturz des Kabinetts zu befehlen.

Das Völkerbundesekretariat.

Deutsche als Beamte beim Völkerbund.

~ Berlin, 26. Februar.

Angesichts der Erörterungen über die Belegung der leitenden Beamtenstellen des Völkerbundes wird eine Ueberführung über die Deutschen, die leitende Stellen beim Völkerbund innehaben, veröffentlicht.

Als Untergeneraldirektor ist der frühere Seconde Bureau-Chef tätig. An der politischen Abteilung wird Deutschland durch Herrn Reiche-Finl vertreten, in der Rechtsabteilung durch Herrn Barandon, in der Wirtschaftsabteilung durch Herrn Bredt, die Herren Weg und Hüflein, in der Abrüstungsabteilung Herrn Holba. Die Abteilung für geistige Zusammenarbeit leitet Herr von Schmieden, in der Verkehrsabteilung ist Herr Mettenrich, in der Hygienabteilung Professor Eilen und in der Publikationsabteilung Herr Schabert tätig.

Das deutsche Mitglied der Informationsabteilung, Herr, ist, wie mitgeteilt wurde, ausgeschieden. Das Berliner Büro der Informationsabteilung des Völkerbundes leitet Dr. Terhan.

Die dritte Lesung des Youngplans.

Reichsregierung und Entworfene.

~ Berlin, 26. Februar.

Erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer, der zu einem kurzen Aufenthalt nach Köln gereist ist,

wird die endgültige Formulierung des Vorschlages des Reichsfinanzministers über die Deudungsfrage erlogen. Reichsfinanzminister Dietrich ist ebenfalls aus Genf in Berlin wieder eingetroffen, um bei den wichtigen Kabinettsentscheidungen dieser Woche anwesend zu sein. Wie verlautet, wird die Regierung vor sich aus jedenfalls daran festhalten, daß über die Deudungsfrage vor Abschluß des Youngplans Klarheit geschaffen wird.

Wann zeitlich die zweite und dritte Lesung der Younggelehe im Reichstag stattfinden kann, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht übersehen. Alle Voraussicht nach werden die vereinigten Ausschüsse noch bis zum Ende der Woche mit ihren Beratungen zu tun haben. Die vorgezeichnete Pause in der Rechtsabteilung wird wahrscheinlich nicht voll zur Auswirkung kommen, sondern in politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die zweite Lesung am Donnerstag der nächsten Woche beginnt. Ob die dritte Lesung sich unmittelbar danach anbahnt oder zu welchem Zeitpunkt sie stattfinden wird, das ist vorläufig noch vollkommen unübersichtlich, da diese Frage ja im Zusammenhang mit der Einigung über die Finanzfrage steht.

Kampf um das Polenabkommen.

Der Ausschuss zur Beratung der Younggelehe.

~ Berlin, 26. Februar.

Die vereinigten Reichstagsausschüsse zur Beratung des Youngplans führten die vertrauliche Beratung des Polenabkommens zu Ende. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Einigungsfrage. Daneben wurde weiter die Frage besprochen, ob das Polenabkommen von der Erledigung der übrigen Younggelehe abgetrennt werden soll.

Die Reichsregierung setzte dabei dem Ausschuss die politischen Gründe auseinander, aus denen sie an einer gleichzeitigen Erledigung des Polenabkommens unbedingt festhält, obwohl sie noch nie vor dem Standpunkt vertritt, daß ein rechtlicher Zusammenhang nicht besteht. Die Abstimmung über das Polenabkommen wird im Ausschuss erst am Schluß der gesamten Beratungen zusammen mit der Beratung über den ganzen Youngplan stattfinden.

Die Arbeiten des Ausschusses werden mindestens noch bis Donnerstag abend dauern. Vergegenwärtigt man sich nun, daß sie noch in Anspruch nehmen würden. Das Reichstagsplenum wird sich spätestens am Freitag dieser Woche bis zum Donnerstag nächster Woche versammeln. Die zweite Lesung der Younggelehe würde dann am Donnerstag nächster Woche beginnen. Die endgültige Disposition über die Abfertigung noch zu treffen haben, der wahrscheinlich am Mittwoch zusammentritt.

Die Rechnuna des Reichsfinanzministers.

Verzögerung der Fälligkeitstermine. — Die Länderüberweisungen.

~ Berlin, 26. Februar.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer hat man im Reichsfinanzministerium mit der endgültigen Formulierung der Vorschläge beschäftigt, über die die Reichsregierung endgültig zu entscheiden haben wird. Es geht um das Abkommen über die Fälligkeitstermine der Länderüberweisungen, das die Reichsregierung am 26. Februar 1929 in Genauen an bei der Unterzeichnung dieses Abkommens die Reichsregierung endgültig zu entscheiden haben wird. Es geht um das Abkommen über die Fälligkeitstermine der Länderüberweisungen, das die Reichsregierung am 26. Februar 1929 in Genauen an bei der Unterzeichnung dieses Abkommens die Reichsregierung endgültig zu entscheiden haben wird.

1930 zu einem Verzögerung der umliegende Steuern, bei der 1929 4 Millionen, bei den Quoten, die jedoch

vielleicht naturgemäß eine große Rolle, aber eine erhöhte Ertrag aus der Kreis zu bewerkstelligen Vertrag für Verwal-

den Einigungsleistung

26. Februar.

Reichstag feines-

einem Teil der gefälligen Abenteurer können. Aus führenden Gen-

trastanten wird angedeutet, daß eine Vereinbarung über etwas Ähnliches mit der Sozialdemokratie über das Notopfer vorliegt. Ein erheblicher Teil der Gen-

trastanten ist übrigens ebenso wie die Bayerische Volks-

partei für ein Notopfer nur unter der Voraussetzung zu haben, daß es allen Wertigkeiten, also auch den der be-

schäftigten Arbeiterklasse, anerkannt wird. Man